

Münzenmaiers MAGAZIN

01/2020

Unzensurierte Nachrichten aus erster Hand



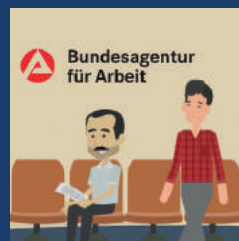
Leitartikel:

DIE SPD IM UNTERGANG



**Gastbeitrag von
Dr. Alice Weidel**

Die Erfolgsgeschichte in
Blau geht weiter



AfD im Bundestag

Arbeitsleben würdigen -
ALG I gerechter
gestalten

Zeitungsbeilage

CORONA



BÜRGERHILFE



WIR HELFEN!

www.corona-bürgerhilfe.de

Sebastian Münzenmaier

CORONA–VIRUS: WIR HELFEN

Liebe Freunde,

die Corona-Krise ist nach wie vor extrem dynamisch und leider ist nicht absehbar, welche Ausmaße diese Krise tatsächlich noch erreichen wird. In der aktuellen Ausgabe von „Münzenmaiers Magazin“ finden Sie keinen Artikel zum Corona-Virus, da der Ausbruch nach dem Redaktionsschluss stattfand.

Diese Zeitungsbeilage möchten wir daher nutzen, um Sie darüber zu informieren, dass wir fernab der Parteipolitik auch versuchen, unseren Beitrag in der Krise zu leisten. Gemeinsam mit Damian Lohr, (Mdl) und Lothar Mehlhose (Stadtrat in Mainz) habe ich die „Corona-Bürgerhilfe“ ins Leben gerufen. Damit leisten wir praktische Hilfe für Bürger, welche durch das Virus besonders bedroht sind.

Mehr Informationen finden Sie auf meiner Homepage, wo wir Sie auch regelmäßig mit aktuellen Nachrichten informieren: **www.sebastian-muenzenmaier.de**

Herzliche Grüße und bleiben Sie gesund

Ihr Sebastian Münzenmaier



Corona–Bürgerhilfe Hotline:

0178 134 999 0

Sprechzeiten: MO-FR, 11:00 - 12:00

Was ist die Corona–Bürgerhilfe?

Im Rahmen der Corona-Bürgerhilfe bieten wir an, zweimal wöchentlich in der Stadt Mainz Einkäufe für besonders gefährdete Bürger zu erledigen. Zu den Risikogruppen zählen derzeit Ältere, Menschen mit Vorerkrankungen an Herz oder Lunge sowie Krebspatienten.

Diese können sich von Montag bis Freitag, zwischen 11:00 und 12:00 Uhr telefonisch melden. Unter Angabe von Namen, Adresse, Telefonnummer und E-Mail-Adresse nehmen wir Ihre Daten auf und vereinbaren einen Termin, um Ihre Einkäufe zu erledigen und zu Ihnen nach Hause zu bringen.

Bitte beachten Sie, dass wir aus Kapazitätsgründen nur wirklich gesteigert gefährdeten Menschen helfen und uns ausschließlich auf Grundbedürfnisse konzentrieren können!

Hinweise zur Corona–Bürgerhilfe

Wann werden die Einkäufe getätigt?

Die Einkäufe werden Mittwoch und Samstag getätigt und dann zu Ihnen nach Hause gebracht. Wir können leider keine Garantie bieten, dass alle Artikel verfügbar sind.

Wie bezahle ich die Einkäufe der Corona-Bürgerhilfe?

Die Bezahlung der Einkäufe erfolgt bei Lieferung in bar. Unsere Helfer werden Sie vor dem Einkauf nochmal telefonisch kontaktieren und diese und weitere Fragen mit Ihnen persönlich abklären.

Mehr Infos finden Sie hier:

www.corona-buergerhilfe.de

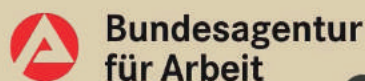


DIE SPD IM UNTERGANG



Gastbeitrag:
**Dr. Alice Weidel –
Die Erfolgsgeschichte in Blau
geht weiter**

Seite 4



AfD im Bundestag:
**Arbeitsleben würdigen –
ALG I gerechter gestalten**

Seite 12

Inhaltsverzeichnis

Vorwort Sebastian Münzenmaier.....	Seite 3
Alice Weidel - Die Erfolgsgeschichte in Blau geht weiter.....	ab Seite 4
Thüringen: Demokratischer Vorgang oder Hinterhalt?.....	Seite 5
Tourismuspolitik betrifft Sie ganz unmittelbar!.....	Seite 6
Fahrt nach Berlin.....	Seite 7
Die SPD im Untergang.....	ab Seite 8
ALG I gerechter gestalten.....	ab Seite 12
Gewinnspiel.....	Seite 14
Impressum & Links.....	Seite 15

Vorwort

Liebe Freunde,

es ist soweit: Sie halten heute die erste Ausgabe von „Münzenmaiers Magazin“ in Ihren Händen und ich bin unglaublich gespannt auf Ihre Rückmeldung!

Wie Sie wissen, ist es eines meiner größten Anliegen meine Arbeit im Deutschen Bundestag für sämtliche interessierten Bürger so transparent wie nur möglich aufzubereiten und Ihnen allen die Möglichkeit zu bieten Neuigkeiten, Anekdoten und Informationen abseits der „Mainstream-Medien“ direkt aus dem Deutschen Bundestag zu erhalten.

Neben meinem Rundbrief „Bericht aus Berlin“, unzähligen Veranstaltungen, den üblichen Social-Media-Kanälen wie Facebook, Twitter oder Instagram betreibe ich zu diesem Zweck auch einen Telegram-Kanal, der Ihnen die neuesten Infos direkt aufs Smartphone sendet.



Aber bei aller Liebe zur digitalen Welt war es mir wichtig, Ihnen auch „analog“ noch mehr anzubieten. Daran knüpft nun „Münzenmaiers Magazin“ an, welches Sie regelmäßig mit Neuigkeiten aus dem politischen Berlin versorgt und im Magazin-Charakter auch für die ein oder andere weltliche Ablenkung abseits der Handybildschirme sorgen soll.

Die Zeit für eigene Medien ist mehr als reif: viele Journalisten und Medien betrachten die AfD aus einer Brille, die wohl schon mehrfach in den rot-grünen Sumpf gefallen ist und der klare Durchblick scheint bei einigen längst verloren.

Während Habecks Frisur bewundert wird, gilt die AfD als Schmutzelpartei über deren inhaltlich gute Vorstöße bestenfalls abwertend, meistens eher gar nicht berichtet wird.

Einzige Ausnahme: in Hintertupfingen hat irgendein entfernter Verwandter eines nicht näher bekannten AfD-Mitglieds nach dem 17. Bier einen dummen Spruch losgelassen: dafür gibts dann ne Titelseite! ;-)

Um dieser medialen Wirkmacht unserer Gegner etwas entgegenzusetzen, arbeite ich engagiert an verschiedenen direkten Info-Kanälen und „alternativen“ Medienangeboten, die ich nun durch ein eigenes Magazin weiter ergänzen möchte.

Ich freue mich daher auf Ihre Rückmeldungen, auf Ihre Unterstützung, Ihre Anregungen und Ideen und natürlich auch über Ihre konstruktive Kritik!

Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass möglichst viele Menschen unsere Arbeit wahrnehmen und lassen Sie uns vor allem gemeinsam dafür sorgen, dass die größte und wirksamste Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag ab 2021 noch größer, noch wirksamer und dann eventuell nicht mehr nur Oppositionsfraktion sein wird!

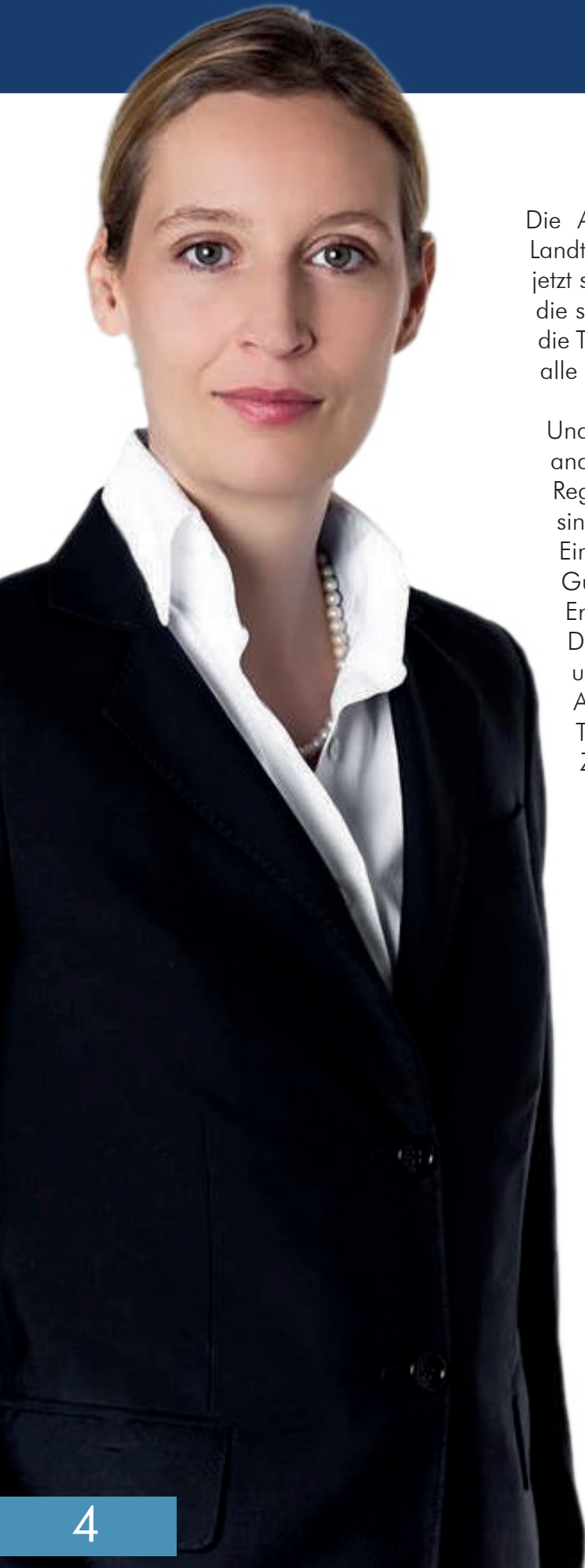
Herzlich grüßt

Ihr

Sebastian Münzenmaier

Dr. Alice Weidel

DIE ERFOLGSGESCHICHTE IN BLAU GEHT WEITER!



Die AfD befindet sich im Deutschen Bundestag, in allen Landtagen und im Europaparlament: Das hat unsere Republik jetzt schon verändert. Es gibt wieder eine richtige Opposition, die sich nicht scheut nachzubohren, unbequeme Themen auf die Tagesordnung zu setzen und kontroverse Positionen gegen alle Widerstände zu vertreten.

Und es gibt wieder echte Debatten, in denen wir die anderen Parteien zwingen, Farbe zu bekennen. Für die Regierungskoalition und die träge gewordene Linksopposition sind die behaglichen Zeiten des stillschweigenden Einvernehmens und Unter-den-Teppich-Kehens vorbei.

Gut zwei Jahre AfD im Deutschen Bundestag sind eine Erfolgsgeschichte in Blau, die sich sehen lassen kann. Das sind über 140 Sitzungstage, zahllose Redebeiträge und mehr als zweitausend parlamentarische Initiativen – Anfragen, Anträge, Gesetzesentwürfe – zu allen möglichen Themen und Politikfeldern, die den Etablierten auf den Zahn fühlen und zeigen, wie man es besser machen kann.

Aus dem Stand haben wir in wenigen Monaten eine schlagkräftige Truppe aufgebaut. Bis Mitte Januar hat unsere Fraktion, haben unsere 90 Abgeordneten 2.242 parlamentarische Initiativen vorgelegt und eingebracht – 47 Gesetzesentwürfe, 281 Anträge, 11 Große Anfragen und rund 1.805 Kleine Anfragen. Mit 12,9 Prozent sind wir die stärkste Oppositionsfraktion, und wir lassen nicht locker: Jeder fünfte Antrag, jeder vierte Gesetzesentwurf, ein Drittel aller Kleinen Anfragen und mehr als die Hälfte der Großen Anfragen kommt von uns.

Die Ausgrenzungsrituale der anderen Parteien wirken nur noch hilflos. Auch wenn man uns das Recht vorenthält, einen der Bundestagsvizepräsidenten zu stellen, auch wenn die Etablierten ein ums andere Mal wie ein Block gegen unsere Initiativen stimmen: Wir beweisen jedes Mal aufs Neue, dass eine andere, bessere Politik möglich ist.

Wir sind die Stimme der Vernunft für unsere Industrie, unsere Arbeitsplätze und unsere Landwirtschaft gegen die fatalen Auswirkungen der absurden „Klimaschutz“-Hysterie. Wir zeigen auf, wie Euro-„Rettung“ und Null- und Negativzinsen uns alle ärmer machen und wie wir dieser Falle entkommen können. Wir treten ein für sichere Innenstädte, kontrollierte Grenzen und eine Migrationspolitik, die sich an Recht und Gesetz hält und unser Land nicht ruiniert.

Beharrlich decken wir Zug um Zug die wahren Kosten der unkontrollierten Migration auf, die die politisch Verantwortlichen und die Profiteure am liebsten unter der Decke halten würden.

Und wir haben dafür gesorgt, dass ganz Deutschland erfährt und darüber diskutiert, welche verhängnisvollen Verpflichtungen die Bundesregierung mit der Unterzeichnung des UN-„Migrationspakts“ eingegangen ist.

Vor uns liegt ein weiteres Jahr, in dem wir diesen erfolgreich eingeschlagenen Weg fortsetzen wollen. Ich freue mich, dass mit Sebastian Münzenmaier ein junger, zielstrebig und engagierter Abgeordneter mit in den Fraktionsvorstand gewählt wurde. Gemeinsam wird es uns gelingen, die Verhältnisse in unserem Land zum Besseren zu wenden. Danke für Ihr Engagement und Ihre Unterstützung!

Ihre
Dr. Alice Weidel

Thüringen

Demokratischer Vorgang oder Hinterhalt?

Sicherlich haben Sie die umfangreiche Berichterstattung zur Abwahl Bodo Ramelow in Thüringen verfolgt. Neben der Tatsache an sich, dass der Lieblingslinke der öffentlich-rechtlichen Medien sein Amt verlor, hieß es von allen Altparteienseiten, es sei ja ein demokratieverachtendes Manöver der AfD gewesen, nicht den eigenen Kandidaten, sondern Thomas Kemmerich zu wählen.

Dass es sich bei dem Wahlverhalten der AfD in Thüringen um ein taktisches Manöver handelte, daran besteht kaum ein Zweifel. Und doch ist es keine Demokratieverachtung oder gar schädlich für den Parlamentarismus. Undemokratisch waren vor allem die Voraussetzungen, welche diese Form des Abstimmens erst erforderlich machten.

Die Rot-Rot-Grüne Regierung unter Ramelow erhielt bei der vergangenen Landtagswahl im Jahr 2019 keine Mehrheit. Diesen Umstand hat der damals amtierende Ministerpräsident einfach völlig ignoriert und sich erneut zur Wahl gestellt. Vorher hatte Ramelow sogar schon Kabinettsposten verteilt und Koalitionsvereinbarungen getroffen. Trotz der fehlenden Mehrheit und eines unklaren Ausgangs der Ministerpräsidentenwahl. Das allein suggeriert schon, dass die Altparteien sich für Wahlergebnisse nicht interessieren und trotz fehlender parlamentarischer Mehrheit einfach weiter schalten und walten, wie sie es denn wollen.

CDU, FDP und AfD hatten nach der Wahl aber sehr wohl eine Mehrheit. Die AfD-Fraktion in Thüringen hatte auch mehrere Angebote zu einer konstruktiven Zusammenarbeit gemacht, doch diese wurden alle ausgeschlagen. Die CDU betonte mehrfach, sie wolle einem Ministerpräsidenten Ramelow nicht zur zweiten Amtszeit verhelfen. Auch die FDP wollte dies nicht.

Also stand schon im Vorfeld fest, dass die Mehrheit der Thüringer Abgeordneten Bodo Ramelow als Ministerpräsidenten ablehnt. Allerdings wollte auch keiner gemeinsam mit der AfD abstimmen. Das alberne Abgrenzungsverhalten von CDU und FDP war also mitunter Ursache dafür, dass die AfD einen eigenen Kandidaten zwar aufstellte, aber dann die Abgeordneten eben für Thomas Kemmerich stimmten.

Nicht das Abstimmungsverhalten der AfD war undemokratisch, denn das hat lediglich dazu geführt, dass der Wille der Wähler im Parlament korrekt abgebildet wurde. Es ist absurd zu glauben, dass jemand der die CDU oder die FDP wählt, die Amtszeit von Bodo Ramelow verlängern möchte. Demokratieverachtung ist das, was die Altparteien vor und nach dieser Wahl zur Schau gestellt haben. Darüber hinaus war es ein zentrales Wahlversprechen der AfD, Ramelow zu verhindern.

Tourismuspolitik betrifft Sie ganz unmittelbar!

Hätten Sie gedacht, dass rund drei Millionen Menschen in Deutschland unmittelbar im Tourismus beschäftigt sind oder dass der Tourismus jedes Jahr für 105 Milliarden Bruttowertschöpfung in unserem Land sorgt? Das sind nur zwei der vielen weitgehend unbekanntem Fakten, die belegen, wie wichtig die Tourismuswirtschaft in Deutschland ist.

Sie werden jetzt vielleicht sagen, dass diese volkswirtschaftlichen Eckwerte Ihr persönliches Leben kaum beeinflussen. Trotzdem berührt Sie die Tourismuspolitik jedes Jahr ganz unmittelbar. Denken Sie nur an den eigenen Jahresurlaub. Viele von Ihnen waren im letzten Jahr wahrscheinlich auch geschockt, als der Reisekonzern Thomas Cook Insolvenz anmelden musste und hunderttausende Urlauber in der ganzen Welt an ihrem Urlaubsort gestrandet waren. Als die betroffenen Deutschen wieder in Deutschland waren, mussten sie erfahren, dass durch handwerkliche Fehler von Union und SPD die von den deutschen Urlaubern gezahlten Kundengelder nicht in ausreichender Höhe gegen eine Pleite der Reiseveranstalter abgesichert waren. Konsequenz: Sie, die Steuerzahler müssen für den Schaden haften!

Ähnlich ging es Ihnen auch, falls Sie einen Flug bei Air Berlin gebucht hatten, kurz bevor die Fluggesellschaft wirtschaftlich zusammengebrochen ist. Das von den Passagieren bereits gezahlte Geld war weg, weil das deutsche Recht für einzelne Flugreisen keine Kundengeldabsicherung vorsieht. Ein Antrag der AfD, der diesen Zustand zugunsten der Reisenden ändern wollte, fand im Bundestag dann „natürlich“ keine Mehrheit. Das sind die Früchte des sogenannten Kooperationsverbotes mit der AfD, welches sich die Altparteien selbst auferlegt haben. Der Wähler wird dafür kaum Verständnis zeigen.

Selbst, wenn Sie persönlich bislang mit einem blauen Auge davongekommen sind, könnten Sie aber vielleicht vom folgenden Geniestreich der Großen Koalition kalt erwischt werden. Falls Sie ein Ferienhaus oder eine Ferienwohnung aus dem Katalog buchen, sind Sie nicht mehr durch das Pauschalreiserecht geschützt, obwohl dies seit Jahrzehnten üblich war. Die Große Koalition hat nämlich bei der Umsetzung der europäischen Pauschalreiserrichtlinie Einzelleistungen, wie Ferienhäuser und -wohnungen sowie Wohnmobile oder Charterboote mit fester Reiseroute nicht in den Schutzbereich des Pauschalreiserechts aufgenommen. Das kann für Sie bedeuten, dass Sie über Mängel eines Ferienhauses vor einem spanischen Gericht nach spanischem Recht streiten müssen und dass Ansprüche wie Schadenersatz für entgangene Urlaubsfreude schlicht wegfallen.

Wenn man es so sieht, gewinnt Tourismuspolitik plötzlich für jeden von uns eine ganz individuelle Relevanz, finden Sie nicht?



BERLIN IST EINE REISE WERT!

Besuchen Sie mich im Deutschen Bundestag:

Sie wollen einen Blick „hinter die Kulissen“ des Bundestages werfen und für vier Tage unsere Hauptstadt und das Parlamentsviertel erkunden?

Gerne begrüße ich Sie im Rahmen einer Informations- und Bildungsfahrt des BPA in Berlin!

Neben einem Gespräch im Reichstag, bei dem ich gerne auf Ihre Fragen eingehe, gestalten wir für Sie ein umfangreiches Programm und einige interessante Tage!

Erleben Sie eine Plenarsitzung im Deutschen Bundestag „live“ auf der Besuchertribüne und erfahren Sie mehr über die Aufgaben, die Arbeitsweise oder die Zusammensetzung unseres Parlaments sowie Hintergrundinformationen über die Geschichte und Architektur des Reichstagsgebäudes.

Haben Sie Interesse? Ich freue mich auf Ihren Besuch!

4tägige Reise nach Berlin

Abfahrt morgens 6:30 Uhr in Mainz mit einem Reisebus.

Ankunft in Berlin ca. 17:00 Uhr.

Rückfahrt mit dem Bus ab ca. 13:00 Uhr von Berlin nach Mainz.

Kosten

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPS) übernimmt die Kosten für:

- Hin- und Rückfahrt mit einem Reisebus und Bustransfer in Berlin
- Hotelübernachtung im Zweibett-Zimmer (Einzelzimmer gegen Aufpreis nur auf Anfrage)
- Frühstück, Mittag- und Abendessen sowie je ein alkoholfreies Getränk zur Mahlzeit

Höhepunkte sind u.a.:

- Treffen und Aussprache mit Ihrem Abgeordneten Sebastian Münzenmaier
- Besuch einer Bundestagssitzung oder des Plenarsaales und der Reichstagskuppel
- Besuch eines Bundesministerium oder einer Bundeseinrichtung
- Stadtrundfahrt unter Leitung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung
- Besuch eines Berliner Museums und / oder einer politischen / historischen Ausstellung
- Schiffstour auf der Spree mit Abendessen

Info & Anmeldung

www.sebastian-muenzenmaier.de/berlin/besuch-in-berlin



sebastian.muenzenmaier.ma03@bundestag.de

TERMINE

03.05.2020 - 06.05.2020

29.06.2020 - 02.07.2020

20.09.2020 - 23.09.2020





Kommentar von Sebastian Münzenmaier **Die SPD im Untergang**

Die SPD, die stolze Partei der Arbeiter und Werktätigen in diesem Land – Ein Bild, welches zwar so mancher Sozialdemokrat noch herbeiträumt, aber mittlerweile nur noch in den Geschichtsbüchern zu finden ist.

Höflich ausgedrückt, es stand schon mal besser um die deutsche Sozialdemokratie. Mittlerweile befindet sich die „alte Tante“ auf dem Sterbebett und hat kaum noch die Kraft, sich ernsthaft gegen den selbstverschuldeten Absturz aufzubauen. Die jüngere Geschichte der SPD ist eine Erzählung von Pleiten, Pech und Pannen und diese scheint noch lange nicht am Ende angekommen.

Das Drama mit der Parteiführung

Nachdem in den Jahren 2002 bis heute (die kommissarischen nicht mitgezählt) sieben Vorsitzende verschließen wurden, führen nun Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans die krisengeschüttelte Partei. Die Wahl wurde als episches Event inszeniert und zog sich als Urwahl über mehrere Monate hin zum erhofften Befreiungsschlag.

Und ja, das Ergebnis war überraschend und die Berliner Eliten der Bundesregierung kamen tatsächlich kurz ins Schwitzen. Kevin Kühnert, der öffentlich-rechtlich umjubelte Juso-Vorsitzende wurde schnell als „Schuldiger“ und „Strippenzieher“ der Wahl ausgemacht und die alte Funktionärsriege bangte wegen dessen erklärter „Groko“-Gegnerschaft schon um ihre Ministerposten. Zwischen der gesamten Führung und der Basis der Partei knirschte es für alle hörbar.

Zum Zusammenbruch der Großen Koalition kam es dann natürlich nicht. Das neue Kandidatenduo landete schnell wieder auf dem Boden der sozialdemokratischen Tatsachen, ruderte erst vom anfangs noch erklärten 30%-Umfragenziel zurück und sorgte dann mit absurden Forderungen und verbalen Ausrutschern für Aufsehen, so dass die SPD mittlerweile schon mit ein Ergebnis jenseits der 15% glücklich sein dürfte. Gerade Saskia Eskens bewies kein glückliches Händchen. Steuersenkungen befand sie für gefährlich und als bei einer linken Gewaltdemonstration in Leipzig ein Polizist schwer verletzt wurde, kritisierte Esken lieber die Polizeitaktik als die Gewaltbereitschaft der Linksextremisten.

Der abwandernde Wähler lässt sich mit der Inschutznahme von Linksextremisten sicher nicht zurückgewinnen.

Wenn Esken und Walter-Borjans zum wiederholten Male ein Abrücken von der „schwarzen Null“ fordern, löst das bei Finanzminister Olaf Scholz nicht mal mehr ein müdes Achselzucken aus und das Bild des zahnlosen Tigers drängt sich dem geneigten Beobachter und Wähler geradezu auf. Es wäre ein Leichtes, über das chaotische Treiben der SPD-Führung zu spotten und daran den Niedergang der deutschen Sozialdemokratie festzumachen. Und doch ist das Hauptproblem ein inhaltliches, denn wen vertritt die SPD eigentlich noch?

Die SPD versucht sich als Volkspartei ohne Volk

Wie schon eingangs erwähnt, hat der typische Sozialdemokrat einen Hang zur Nostalgie. Kein Parteitag an dem nicht die Internationale gesungen, die große Historie und das ach so gewaltige Erbe von Willy Brandt beschworen werden. Dennoch gelingt es den Parteioberen nicht, den Blick dafür zu schärfen, was der SPD wirklich abhandengekommen ist. Die SPD war einst die Partei des kleinen Mannes. Diesen hat sie heute hinter sich gelassen und gibt sich lieber ganz staatstragend als Stabilitätsanker.



Im Klartext bedeutet dies jedoch nichts anderes, als dass sie für Merkels CDU den beliebigen Steigbügelhalter spielt und sich gleichzeitig wundert, warum ihr die Wähler wegrennen. Immer wieder sitzen SPD-Politiker verzweifelt vor den Umfragewerten und fragen sich, warum die SPD-Wähler doch die vielen sozialdemokratischen Projekte wie etwa die Grundrente, nicht goutieren.

Ja, die Politik der Großen Koalition ist in vielen Bereichen sozialdemokratisch geprägt. Doch das ist sie nicht wegen der SPD, sondern wegen des strammen Linksrutsches, den die CDU seit Jahren vollzieht. Würden die Sozialdemokraten als

Koalitionspartner wegfallen, dann wäre die CSU/CSU jederzeit bereit, ein genauso linkes, wenn nicht sogar linksradikales Programm gemeinsam mit den Grünen umsetzen. Als Korrekturfaktor für eine konservative CDU wird die SPD also schlichtweg einfach nicht mehr gebraucht. Merkel exerziert bereits eine Linie, welche sogar dazu führt, dass ihr die linksextreme Antifa bei Protesten zur Seite springt.

Verrat an der Mittelschicht

Der SPD Untätigkeit in der Bundesregierung vorzuwerfen, wäre nicht fair. Neben Projekten, die plakativ das verflossene Klientel bedienen sollen, wird die Mittelschicht mit absurden Gesetzen drangsaliert. Besonders hervorzuheben ist dabei die „Bon-Pflicht“.

Olaf Scholz macht als Finanzminister deutlich, dass die Bürger gefälligst ohne zu murren immer größere Abgaben leisten sollen um weiterhin Steuerüberschüsse zu generieren. Doch wo landet dann dieses Geld?

Schließlich wird für die „schwarze Null“ die Infrastruktur des Landes kaputtgespart: Marode Schulen, mangelhafte Ausstattung der Polizei, nicht einsatzbereite Streitkräfte, fehlende Investitionen in Digitalisierung, Altersarmut, ungerechte Steuerprogression und ein desolater Zustand von Straßen und Brücken – ist von diesen Problemen die Rede, heißt es schnell, dafür sei eben kein Geld da.

Steuergeld für bürgerfeindliche Politik

An anderer Stelle spielt Geld hingegen überhaupt keine Rolle. Die von der SPD gestützte Migrationspolitik der Bundesregierung bleibt neben der verkorksten Energiewende das größte Milliardengrab. Laut Schätzungen von Wirtschaftsinstituten kostet die verfehlte Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik 50 Milliarden Euro pro Jahr. Bekannte Ökonomen wie beispielsweise Hans-Werner Sinn schätzen die bisherigen Kosten der Politik offener Grenzen auf bis zu 1.000 Milliarden. Die Bundesregierung weigert sich übrigens diese Kosten transparent für den Steuerzahler zu beziffern und hat einen entsprechenden Antrag der AfD-Bundestagsfraktion zur Offenlegung der Migrationskosten abgelehnt.

Die SPD hätte gerade bei den katastrophalen Fehlentscheidungen in der Migrationspolitik ab dem Jahre 2015 als Koalitionspartner die Chance gehabt zu zeigen, dass sie noch hinter dem einfachen

Bürger steht, dass sie die Interessen des Arbeiters vertritt; sie hätte Angela Merkel einschließlich der ihr hörigen CDU die Stirn bieten können und müssen. Sie entschied sich jedoch, den Kurs kritiklos mitzutragen und somit nicht nur dafür zu sorgen, dass Abermilliarden an Steuergeldern verprasst werden, um Merkels „freundliches Gesicht“ zu finanzieren, sondern eben auch, dass Deutschlands Straßen zunehmend unsicherer geworden sind und gerade die Bürger mit niedrigen Einkommen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt mit Massen staatsalimentierter Migranten konkurrieren. „Sozial ist, was Einwanderung schafft“ – so scheinbar das neue Motto der SPD.

Die AfD ist heute der Anwalt schaffender Bürger

Nicht die Einführung von Hartz IV oder andere einzelne Brüche sind verantwortlich für den ungebremsten Abwärtstrend der Sozialdemokratie in Deutschland. Viel mehr hat sich die SPD in jeder Hinsicht von der ursprünglichen Wählerschicht entfernt und ist mittlerweile nur noch ein elitärer Klüngel zur Machtsicherung der CDU geworden. Daran werden auch gelegentliche, postsozialistische Rhetorikmanöver eines Kevin Kühnert oder einer Saskia Esken nichts mehr ändern.

Die AfD ist die letzte Partei, die heute noch Politik im Sinne des arbeitenden Bürgers in die Parlamente trägt. Beispielhaft sei an dieser Stelle ein Antrag der AfD im deutschen Bundestag genannt. Das Arbeitslosengeld I sollte gerechter gestaltet und die Lebensleistung der Beitragszahler bei der Bezugsdauer berücksichtigt werden. Wie stand die SPD zu diesem Vorschlag? Sie ahnen es bereits, die SPD hat dagegen gestimmt.

„Der kleine Mann hat die SPD einst groß gemacht. Aber der kleine Mann tritt ihr jetzt gewaltig in den Hintern und wählt die AfD!“

Sebastian Münzenmaier im Plenum des Deutschen Bundestag





Telegram-Kanal
Jetzt abonnieren!

Damit Sie auf dem Laufenden bleiben!

Abonnieren Sie jetzt den "Infokanal Münzenmaier" bei Telegram und erhalten Sie Neuigkeiten, Infos und Nachrichten aus erster Hand.

Jetzt Kanal abonnieren unter >> t.me/infokanal_muenzenmaier

oder suchen Sie in der Telegram-App nach "Infokanal Münzenmaier".



In Zeiten, in denen viele etablierte Medien geradezu ungehemmt gegen unsere Bürgerpartei hetzen, ist es umso wichtiger, dass ich mit Ihnen direkt in Kontakt treten kann und Sie eine Berichterstattung ohne den Filter der politischen Korrektheit empfangen können!

Ich freue mich auf Ihre Anmeldung bei Telegram und über Ihr großes Interesse an meiner Arbeit! Gemeinsam werden wir den Altparteien weiterhin Druck machen und für ein weiteres Erstarben unserer AfD sorgen!

Leserbriefe

Sie sind gefragt!



Haben Sie Kritik oder Anregungen zu „Münzenmaiers Magazin“?

Sie möchten Ihre Meinung zu einem unserer Artikel sagen oder haben Ergänzungen zum Inhalt?

**Dann schreiben Sie uns gerne einen Leserbrief mit dem Betreff:
„Münzenmaiers Magazin – Leserbrief“ an:**

info@sebastian-muenzenmaier.de

Wir freuen uns auf Ihre Zuschriften und Anregungen!



AfD im Bundestag **Arbeitsleben würdigen – ALG I gerechter gestalten**

„Arbeitsleben würdigen, Arbeitslosengeld I gerechter gestalten“ war der Titel meines Antrages zu einer Reform des Arbeitslosengeldes (Bundestagsdrucksache 19/13520).

Mein Antrag wurde von 28 Fraktionskollegen mitgezeichnet und beruhte auf der einfachen Feststellung: „Wer mehr einzahlt, sollte auch mehr bekommen können.“

Es wird Sie vermutlich wenig überraschen, wenn ich vorwegnehme, dass sämtliche Altparteien den Antrag ablehnten und sich somit weigerten, sowohl das Versicherungsprinzip der Arbeitslosenversicherung anzuerkennen, als auch den Eckpfeiler der sozialen Marktwirtschaft, das Leistungsprinzip, zu stärken. Nach den alten und leider noch gültigen Regelungen zum Arbeitslosengeld spielen die gezahlten Beiträge zur Versicherung nur eine marginale Rolle.

Man muss innerhalb von 30 Monaten, welche dem Arbeitsplatzverlust vorausgingen, 24 Monate einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung

nachgegangen sein; dann hat man Anspruch auf 12 Monate Arbeitslosengeld I. So will es das dritte Sozialgesetzbuch. Dabei ist völlig unerheblich ob ein 48jähriger, welcher seit über 30 Jahren Arbeitslosenversicherung gezahlt hat, oder ein 20jähriger, der nur zwei Jahre einbezahlt hat, seine Anstellung verloren hat. Beide bekommen 12 Monate Arbeitslosengeld und treten im Anschluss, so sie keine neue Stelle gefunden haben, den schweren Gang ins Hartz IV an. Allerdings hat der 20jährige in der Regel auf Grund von Ungebundenheit, Mobilität und Flexibilität bessere Aussichten schnell eine neue Verwendung zu finden. Diese Ungerechtigkeit wollte die AfD-Bundestagsfraktion beseitigen, wer länger einbezahlt hat, muss im Bedarfsfall auch länger beziehen können.

*„Die AfD ist der Anwalt
der arbeitenden Bevölkerung“*

Uns schwebte eine Staffelung vor, welche pro geleistetem vollem Beitragsjahr, eine bestimmte Verlängerung der maximalen Bezugsdauer vorsah. Wir wollten die Diskussion mit den Altparteien nicht unnötig erschweren und so entschieden wir uns keine konkreten Zahlen für die Verlängerung zu benennen, sondern diese in der gemeinsamen Diskussion im Ausschuss zu erarbeiten, um ein für alle Beteiligten tragbares Ergebnis zu gewährleisten und uns nicht im kleinlichen Geschacher um Maximalforderungen zu verlieren. Dieses Gesprächsangebot zum Wohle des werktätigen Bürgers, der auf ein hartes Arbeitsleben zurückschauen kann und nun auf die Unterstützung der Gemeinschaft angewiesen ist, die er selbst durch Jahrzehnte lange Beiträge unterstützt hat, wurde vom Altparteienkartell brüsk ausgeschlagen und der Antrag abgelehnt. Wieder wurde eine Chance vertan die Lebensumstände der Bevölkerung zu verbessern und man gewinnt immer mehr die Einsicht, dass von CDU bis zur Linkspartei auch keinerlei Interesse besteht die Verhältnisse zu verbessern. Jede Partei macht Klientelpolitik für kleine und kleinste Gruppierungen und begibt sich ansonsten in einen politischen Blindflug aus political correctness und Wunschdenken.

Dabei geben die Zahlen unserem Antrag völlig Recht. Von Juni 2018 bis Juni 2019 mussten über 430 000 Menschen den Übergang von ALG I ins Hartz IV erleben, da ihre maximale Bezugsdauer von Arbeitslosengeld erreicht war. Zusätzlich entgingen im gleichen Zeitraum um die 75.000 Empfänger diesem Übergang nur durch den Beginn des Rentenbezugs. Wie groß der Anteil von Frührentnern ist, weist die Statistik dabei nicht aus, jedoch ist anzunehmen, dass dieser erheblich sein dürfte. Die Folge sind deutlich niedrigere Renten und das erhebliche Risiko in Altersarmut abzurutschen.

Hinzu kommt, dass etwa 45% der Arbeitslosengeldempfänger bereits das 50. Lebensjahr überschritten haben und vermutlich niemand bestreiten möchte, dass es in diesem Alter sehr viel schwieriger ist eine neue Anstellung zu finden. Hier sieht der Gesetzgeber bereits eine Staffelung vor, so verlängert sich die maximale Bezugsdauer mit 50 Jahren auf 15 Monate, mit 55 Jahren auf 18 Monate und mit 58 Jahren auf 24 Monate, doch stellt dies keine soziale Gerechtigkeit nach erbrachter Leistung dar, denn ob man in diesem Alter lange Jahre Beiträge gezahlt hat oder nicht ist erneut völlig unerheblich.

Unser Vorschlag, das Erwerbsleben eines Menschen ganzheitlich zu betrachten und die Gesamtjahre zu prüfen, welche ein Arbeitnehmer Solidarität gezeigt und Sozialversicherungsbeiträge gezahlt hat um festzustellen, wie lange er maximal ALG I beziehen darf, wäre ein wichtiger Schritt in Richtung des sozialen Friedens gewesen. Besonders da niemand schlechter gestellt werden sollte, als es gegenwärtig der Fall ist. Lediglich die Menschen, welche als Stütze unserer Gesellschaft und unseres Wirtschaftssystems Jahre und Jahrzehnte Beiträge bezahlt haben, hätten länger beziehen können, so es nötig gewesen wäre. Für den Moment haben die Altparteien dies verhindert, aber wir werden diese unsere Forderung nicht aufgeben und sie eines Tages aus der Regierung dieses Landes heraus umsetzen.

Erklärvideo zum ALG-I-Antrag:



Gewinnspiel

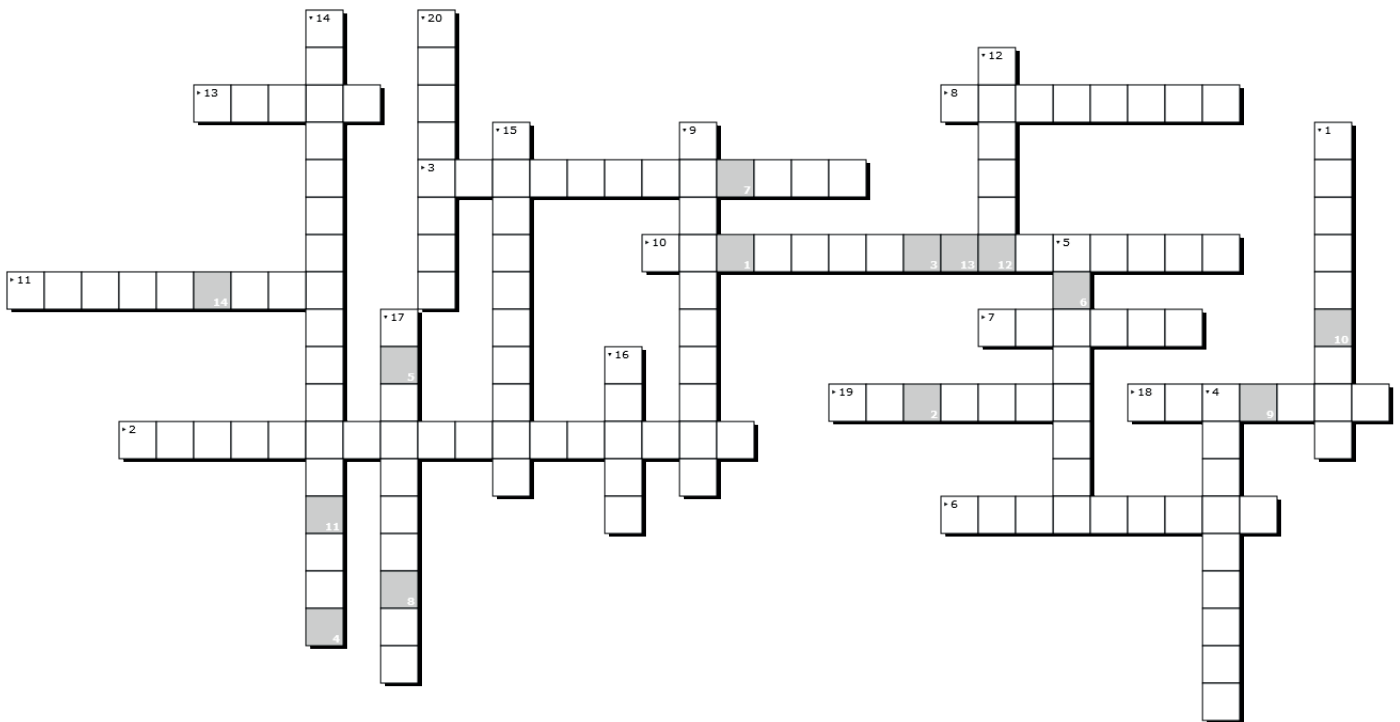
Liebe Leser,

zur Erheiterung haben wir für Sie ein kleines Gewinnspiel. Finden Sie in unserem Wimmelbild die drei versteckten Altparteienpolitiker und das Lösungswort unseres Kreuzworträtsels. Wenn Sie an dem Gewinnspiel teilnehmen möchten, dann senden Sie eine E-Mail mit dem Betreff:

„Münzenmaiers Magazin 0120 – Gewinnspiel“ an info@sebastian-muenzenmaier.de.

Schreiben Sie uns in der E-Mail die drei Namen des Wimmelbildes und das Lösungswort des Kreuzworträtsels mit Ihrem Namen und Anschrift.

Unter allen korrekten Einsendungen verlosen wir einen tollen Gewinn, den wir in der nächsten Ausgabe bekanntgeben werden.



Fragen: 1. Wo wurde die AfD gegründet? | 2. Als was wurde die AfD anfangs von den Öffentlich-Rechtlichen betitelt? | 3. Wo fand der AfD-Bundesparteitag vom 30. November 2019 statt? | 4. Wer wurde neben Jörg Meuthen neuer Bundessprecher der AfD (Nachname)? | 5. Welcher AfD-Bundestagsabgeordnete verlor auf Druck der Altparteien den Vorsitz im Rechtsausschuss (Nachname)? | 6. Sebastian Münzenmaier ist Ausschussvorsitzender welchen Fachbereiches? | 7. Der AfD wird bis heute der Posten des Bundestagsvizepräsidenten verweigert. Wer war der erste Kandidat (Nachname)? | 8. Die Adresse des deutschen Bundestages lautet Platz der ...? | 9. In welchem Bundesland konnte die AfD erfolgreich einen linken Ministerpräsidenten verhindern? | 10. Die AfD setzt sich für die Abschaffung der Rundfunkgebühren ein. Wie bezeichnete Jörg Schönenborn vom WDR den Zwangsbeitrag? | 11. Mit welcher Bezeichnung für deutsche Rentner sorgte der WDR zum Jahreswechsel für große Empörung? | 12. Welche Bundestagsabgeordnete der Linkspartei dankte ehemaligen Stasi-Agenten für dessen „mutigen Einsatz für den Frieden“ (Nachname)? | 13. Welcher SPD Abgeordnete pöbelte gegen die AfD mit den Worten „Hass macht hässlich, schauen Sie in den Spiegel“ (Nachname)? | 14. Welches Bundesamt wird von den Regierungsparteien instrumentalisiert um die AfD zu diffamieren? | 15. Wie heißt der dafür neu eingesetzte Chef der Behörde (Nachname)? | 16. Wie hieß der Ost-Beauftragte, der aufgrund eines Gratulationstweets an Thomas Kemmerich von Angela Merkel aus dem Amt befördert wurde (Nachname)? | 17. Bei welcher Wahl ist die AfD zuerst in ein Parlament gewählt worden? | 18. Die AfD ist 2014 in den ersten Landtag gewählt worden. In welchem Bundesland? | 19. Wie heißt der erste Ehrenvorsitzende der AfD (Nachname)? | 20. Welche Grüne war der Meinung, dass man für die Autobatterieherstellung „Kobold“ benötigen würde (Nachname)?



Kontakt & Info

Meine Arbeit vor Ort

Neben meiner Tätigkeit als Abgeordneter in Berlin, versuche ich natürlich auch so oft wie möglich in meinem Wahlkreis Mainz und ganz Rheinland-Pfalz zu sein um mein Ohr stets beim Bürger vor Ort zu haben. Als „Exilpfälzer“ unterhalte ich bisher ein Abgeordnetenbüro in Pirmasens, ein weiteres Büro in Mainz ist in Planung.

Sie erreichen mein Wahlkreisbüro in Pirmasens unter folgender Adresse:

Abgeordnetenbüro Sebastian Münzenmaier
Kaiserstraße 2a
66955 Pirmasens

sebastian.muenzenmaier.ma04@bundestag.de

Gerne können Sie mit meinem Büroleiter in Pirmasens, Herrn Ferdinand Weber, Sprechstundentermine unter oben genannter E-Mail-Adresse vereinbaren – wir freuen uns auf Sie und Ihre Ideen!

Kontakt für Mainz und Umgebung

Natürlich stehe ich Ihnen auch in Mainz und Umgebung für Bürgersprechstunden, Anregungen und Ideen zur Verfügung, bitte vereinbaren Sie mit Herrn Stephan Stritter unter sebastian.muenzenmaier.ma03@bundestag.de einen Termin und lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Rheinland-Pfalz in Berlin optimal repräsentiert ist!

Antworten für das Kreuzworträtsel: 1. Oberursel | 2. Professorenpartei | 3. Braunschweig | 4. Chrupalla | 5. Brandner | 6. Tourismus | 7. Glaser | 8. Republik | 9. Thuringen | 10. Demokratieabgabe | 11. Umweltsau | 12. Jelpke | 13. Kahrs | 14. Verfassungsschutz | 15. Haldenwang | 16. Hirte | 17. Europawahl | 18. Sachsen | 19. Gauland | 20. Baerbock

IMPRESSUM

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Sebastian Münzenmaier
 Mitglied des Bundestags
 Platz der Republik 1
 D-11011 Berlin

Druck & Verlag:

Eigenverlag (E.i.S.)
 Sebastian Münzenmaier
 Platz der Republik 1
 D-11011 Berlin

M **SEBASTIAN**
MÜNZENMAIER



www.sebastian-muenzenmaier.de

